

Magdeburg, 30.06.2026

**Lehre aus dem Bildungsbericht 2026: Weiterbildungs- und Integrationskurseangebote stärken – Fachkräfte sichern, Sozialversicherungssysteme entlasten, Masterplan Zukunftsgeneration umsetzen**

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

die Beratungen zum Bundeshaushalt 2027 werden maßgeblich darüber entscheiden, ob Deutschland seine arbeitsmarkt- und integrationspolitischen Ziele tatsächlich erreichen kann. Aus Sicht des Verbandes Deutscher Privatschulen (VDP) Sachsen-Anhalt kommt dabei der zielgerichteten und nachhaltigen Förderung der Weiterbildungs- und Integrationskurseangebote eine Schlüsselrolle zu.

Der seit einigen Tagen vorliegende Bildungsbericht 2026 beschreibt unmissverständlich die Herausforderungen der kommenden Jahre. Mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben wird sich der bereits heute **bestehende Fachkräftemangel weiter verschärfen. Gleichzeitig ist Deutschland dauerhaft auf qualifizierte Zuwanderung und eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der zugewanderten Menschen angewiesen.** Der Bildungsbericht hebt ausdrücklich hervor, dass die Erwerbstätigkeit Zugewanderter mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich steigt und Weiterbildung im gesamten Erwerbsleben erheblich an Bedeutung gewinnt. **Damit werden Sprachförderung, Qualifizierung und berufliche Weiterbildung zu zentralen Voraussetzungen für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

**VDP**Verband Deutscher Privatschulen  
Sachsen-Anhalt e.V.Otto-von-Guericke-Str. 86a  
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0

F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de  
www.vdp-sachsen-anhalt.de**Bankverbindung**

Deutsche Kreditbank

Konto-Nr.: 107 334 00

BLZ: 120 300 00

**Vereinsregister**

Amtsgericht Stendal

VR 11611

**Diese bundesweiten Entwicklungen treffen Sachsen-Anhalt in besonderer Weise. Unser Land gehört zu den Bundesländern, die am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sind.** Bereits heute fehlen bei uns Fachkräfte in nahezu allen Wirtschaftsbereichen – vom Handwerk über die Industrie und Logistik bis hin zum Gesundheitswesen, zur Pflege sowie zu Bildung und Erziehung. Deshalb ist Sachsen-Anhalt noch stärker als viele andere Bundesländer darauf angewiesen, mehr zugewanderte Menschen dauerhaft für seinen Arbeitsmarkt zu gewinnen und im Land zu halten.

Hierfür bedarf es einer leistungsfähigen Infrastruktur der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung. **Die privaten und gemeinnützigen Weiterbildungsträger übernehmen dabei eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe.** Sie vermitteln erforderliche berufliche Weiterbildungen, Sprachkompetenz, bereiten auf Ausbildung und Beschäftigung vor, begleiten Anerkennungsverfahren und **schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Integration nicht dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen, sondern im Arbeitsmarkt stattfindet.**

Die Integrations- und Berufssprachkurse sowie die Förderung der beruflichen Weiterbildung bilden hierfür das Fundament. **Ohne ausreichende Sprachkenntnisse bleiben berufliche Qualifizierung, Berufssprachkurse, Umschulungen oder Anpassungsqualifizierungen vielfach unerreichbar. Sprachförderung ist deshalb keine flankierende Maßnahme, sondern die Voraussetzung für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration.**

Diese Einschätzung wird durch internationale Studien bestätigt. Das gemeinsame Positionspapier zahlreicher bundesweiter Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsverbände verweist auf Untersuchungen der OECD, **nach denen Integrationskurse die Beschäftigungsquote zugewanderter Menschen nachhaltig erhöhen. Gleichzeitig reduzieren sie die Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen und stärken damit dauerhaft die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.** Gerade vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft sind Integrationskurse deshalb nicht in erster Linie sozialpolitisch, sondern noch stärker arbeitsmarkt-, wirtschafts- und finanzpolitisch notwendig.

**Umso kritischer bewertet der VDP Sachsen-Anhalt die derzeitigen Rahmenbedingungen.** Die für Integrationskurse vorgesehenen Bundesmittel reichen noch immer nicht dafür aus, den tatsächlichen Bedarf dauerhaft abzudecken. Die ursprünglich zum 01.06.26 innerhalb der Bundesregierung verabredete Kursänderung, wonach EU-Staatsangehörige und insbesondere geflüchtete Ukrainer wieder an Integrationskursen teilnehmen können sollten, wurde bislang nicht umgesetzt. Zugleich sind die Kostenerstattungssätze für die Kursträger und die Mindesthonorare für Lehrkräfte seit mehreren Jahren trotz erheblicher Kostensteigerungen nicht mehr in dem erforderlichen Umfang angepasst worden. Kurzfristige Änderungen der Zugangsvoraussetzungen und jährlich wechselnde Haushaltsansätze erschweren darüber hinaus eine verlässliche Personal- und Ange-

botsplanung der Kursträger und Arbeitsmarktdienstleister.

Diese Entwicklungen gefährden nicht nur einzelne Bildungseinrichtungen, sondern die Weiterbildungs- und Integrationsinfrastruktur insgesamt. Werden qualifizierte Lehrkräfte und erfahrene Trägerstrukturen einmal aufgegeben, lassen sie sich später – wenn überhaupt – nur noch mit erheblichem Aufwand wieder aufbauen. **Gerade Sachsen-Anhalt kann es sich jedoch angesichts des bestehenden und weiter zunehmenden Fachkräftemangels nicht leisten, funktionierende Bildungs- und Integrationsstrukturen zu schwächen oder gar aufzulösen.**

Die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Weiterbildungs- und Integrationslandschaft wird inzwischen ausdrücklich auch durch die gemeinsame **Landesstrategie „Masterplan Zukunftsgeneration Sachsen-Anhalt“** unterstrichen, die das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit entwickelt hat. Ziel dieser Strategie ist es, die Fachkräftesicherung bis 2030 nachhaltig zu stärken, die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zu senken, mehr junge Erwachsene zu einem Berufsabschluss zu führen und den Übergang in Ausbildung und Beschäftigung wesentlich erfolgreicher zu gestalten.

Der Masterplan baut auf den Leitprinzipien Prävention, Aktivierung, Qualifizierung und Integration auf. Er sieht ausdrücklich eine stärkere Verzahnung von Schulen, Weiterbildungsträgern, Arbeitsagenturen, Jobcentern, Wirtschaft und Sozialpartnern vor. Ebenso benennt er gezielte Sprachförderung für Menschen mit Migrationsgeschichte, den Ausbau von Nachqualifizierungen, Teilqualifikationen sowie eine stärkere Nutzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente als wesentliche Bausteine der Fachkräftesicherung.

**Diese Zielsetzungen lassen sich jedoch nur erreichen, wenn die hierfür erforderlichen Bildungsstrukturen dauerhaft erhalten bleiben.** Eine Einschränkung oder Unterfinanzierung der Integrations- und Weiterbildungsangebote des Bundes würde deshalb zugleich die Umsetzung einer zentralen arbeitsmarktpolitischen Landesstrategie erschweren. **Mit anderen Worten: Der Erfolg des Masterplans Zukunftsgeneration setzt voraus, dass Bund und Land bei der Finanzierung der notwendigen Bildungs- und Integrationsinfrastruktur an einem Strang ziehen.**

**Aus Sicht des VDP Sachsen-Anhalt sollten die anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt deshalb unbedingt genutzt werden, um die integrations- und arbeitsmarktpolitischen Ziele der Bundesregierung mit einer realistischen und verlässlichen Finanzierung zu untersetzen.** Investitionen in Integrations- und Weiterbildungsangebote sind keine konsumtiven Ausgaben, sondern **volkswirtschaftlich sinnvolle Zukunftsinvestitionen.** Jeder erfolgreich qualifizierte und in Beschäftigung integrierte Mensch trägt dazu bei, den Fachkräftemangel zu reduzieren, zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge zu erwirtschaften und die öffentlichen Haushalte langfristig zu entlasten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, sich im Deutschen Bundestag insbesondere für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Integrations- und Berufssprachkurse im Bundeshaushalt 2027, damit der tatsächliche Sprachförderbedarf gedeckt werden kann;
- eine Verstetigung dieser Bundesmittel auf einem angemessenen Niveau, um den Trägern und Lehrkräften Planungssicherheit zu geben;
- eine sachgerechte Anpassung der Kostenerstattungssätze für die Kurs-träger sowie der Mindesthonorare für Lehrkräfte an die allgemeine Kosten- und Tarifentwicklung;
- einen möglichst frühen Zugang zu Integrationskursen für alle Menschen mit einer realistischen mittel- und langfristigen Bleibe- und Integrationsperspektive, damit Arbeitsmarktintegration nicht unnötig verzögert wird;
- eine stärkere Verzahnung von Integrationskursen, Berufssprachkursen, Anerkennungsverfahren, beruflicher Weiterbildung und arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten;
- eine konsequente Ausrichtung der Bundesförderung an den Zielen der Fachkräftesicherung sowie eine stärkere Verzahnung der Integrationskurse mit den arbeitsmarktpolitischen Strategien des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit und der Länder;
- eine Stärkung der Weiterbildungsträger als dauerhafte Partner der Arbeitsagenturen, Jobcenter, Unternehmen und berufsbildenden Schulen bei der Umsetzung des Masterplans Zukunftsgeneration Sachsen-Anhalt.

Mit dem **Bildungsbericht 2026** („Bildung in Deutschland 2026“, herausgegeben vom BMBFSFJ, von der KMK und dem WBV), dem gemeinsamen Positionspapier der bundesweiten Verbände zu den Integrationskursen sowie dem Masterplan Zukunftsgeneration Sachsen-Anhalt liegen inzwischen drei voneinander unabhängige Analysen vor, die zu demselben Ergebnis gelangen: **Deutschland und Sachsen-Anhalt werden ihren zukünftigen Fachkräftebedarf nur decken können, wenn Sprachförderung, Weiterbildung, berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration deutlich stärker miteinander verzahnt werden.**

Die privaten Weiterbildungsträger leisten hierzu seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag. Sie erwarten deshalb verlässliche politische Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihre Aufgaben dauerhaft wahrzunehmen und damit zugleich die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Ziele des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt wirksam zu unterstützen.

Für einen weiterführenden Austausch über die Situation der Weiterbildungs- und Integrationskursträger in Sachsen-Anhalt sowie über mögliche Lösungsansätze stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Über die Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch würde ich mich sehr freuen. Vielen Dank für Ihre Befassung mit dem vorliegenden Schreiben, das Sie auch gern an Ihre zuständigen Kolleginnen und Kollegen, die in den betroffenen Bundestagsausschüssen mitarbeiten, weiterleiten können.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Banse

– Geschäftsführer –

Verteiler:

Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt

Anlage: Faktenblatt Weiterbildungs- und Integrationskurse stärken

# Anlage

## Faktenblatt

### Weiterbildungs- und Integrationskurse stärken – Fachkräfte sichern

*(Anlage zum Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an die Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts)*

---

### Warum jetzt gehandelt werden muss

#### Deutschland steht vor einem tiefgreifenden Fachkräftemangel

- Die geburtenstarken Jahrgänge scheiden zunehmend aus dem Erwerbsleben aus.
  - Deutschland ist dauerhaft auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen.
  - Weiterbildung gewinnt im gesamten Erwerbsleben erheblich an Bedeutung.
- 

#### Sachsen-Anhalt besonders betroffen

- überdurchschnittlich starke Auswirkungen des demografischen Wandels
- Fachkräftemangel in nahezu allen Wirtschaftsbereichen
- steigende Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss
- hoher Bedarf an erfolgreicher Integration zugewanderter Fachkräfte

Der **Masterplan Zukunftsgeneration Sachsen-Anhalt** verfolgt deshalb bis 2030 unter anderem folgende Ziele:

- Senkung der Jugendarbeitslosigkeit auf unter **4 %**
  - mindestens **70 %** der jungen Erwachsenen mit Berufsabschluss
  - bessere Übergänge von Schule in Ausbildung und Arbeit
  - stärkere Sprachförderung und Qualifizierung
  - Ausbau von Nachqualifizierung und Teilqualifikationen
  - engere Zusammenarbeit von Schulen, Arbeitsagenturen, Jobcentern, Wirtschaft und Weiterbildungsträgern.
-

## Integrationskurse sind Arbeitsmarktpolitik

Integrationskurse

- ✓ schaffen Sprachkompetenz
  - ✓ ermöglichen berufliche Qualifizierung
  - ✓ erhöhen die Beschäftigungsquote
  - ✓ reduzieren Transferleistungsbezug
  - ✓ stärken Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen
  - ✓ sichern Fachkräfte
- 

## Der Bildungsbericht 2026 zeigt

- Erwerbstätigkeit Zugewanderter steigt mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich an.
  - Deutschland verfügt insbesondere bei zugewanderten Frauen noch über erhebliche ungenutzte Erwerbspotenziale.
  - Weiterbildung wird angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger.
  - Arbeitsmarktintegration entscheidet zunehmend über wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe.
- 

## Was jetzt notwendig ist

Der VDP Sachsen-Anhalt fordert:

- auskömmliche Finanzierung der Integrationskurse im Bundeshaushalt
- verlässliche Finanzierung der Weiterbildungsträger
- Anpassung der Kostenerstattungssätze und Lehrkräftehonorare
- frühzeitiger Zugang zu Integrationskursen
- stärkere Verzahnung von Integrationskursen, Berufssprachkursen, beruflicher Weiterbildung und Arbeitsförderung
- Unterstützung der Umsetzung des **Masterplans Zukunftsgeneration Sachsen-Anhalt** durch stabile Bundesfinanzierung